

Epistemische Sicherheit. Zur Rolle wissenschaftlicher Expertise in chronischen Krisen (EPISTEMIS)

Gefördert im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms KIRAS (F&E Dienstleistungen) durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG)



Programmschwerpunkt 3.2.9: „Krisenmanagement in nationalen und globalen Krisen und die Rolle von Wissenschaft und Forschung“

Projektleiter/Autor: Alexander Bogner, Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW)



Erster Teilbericht (Deliverable 2.1)

Analytische Grundlagen: Über den Begriff der Krise

Inhalt

1. Einleitung	2
2. Was heißt Krise?	3
3. Krise als soziale Konstruktion	7
4. Akute und chronische Krisen – eine Krisentypologie.....	9
4.1 Akute Krisen	13
4.2 Abstrakte Krisen	15
4.3 Konträre Krisen.....	16
4.4 Chronische Krisen	17
4.5 Von der akuten zur chronischen Krise	18
5. Krieg und Frieden – zur Politisierung von Krisen.....	22
Literatur	25

1. Einleitung

Das Projekt EPISTEMIS will auf Basis empirischer Forschung herausarbeiten, welche Herausforderungen sich in einer chronischen Krise wie der Covid-19-Pandemie für institutionelle Politikberatung ergeben. Grundlage dafür ist ein internationaler Vergleich (Österreich, Deutschland, Großbritannien). Das Projekt will auf Basis dieser Analyse praktische Hinweise liefern, auf welche Weise wissenschaftliche Expertise organisiert sein sollte, um den komplexen Anforderungen einer solchen globalen Krise gerecht zu werden.

Dieser Bericht stellt die Ergebnisse des zweiten Arbeitspakets (AP2) vor. AP2 liefert die analytische Grundlagen für die nachfolgenden empirischen Arbeiten und hat im Wesentlichen zwei Ziele: 1) Einordnung der Corona-Krise im Kontext der Konflikt- und Krisensoziologie, 2) Entwicklung einer Krisentypologie. Diese Krisentypologie zielt vor allem darauf, die geläufige, aber unscharfe Semantik einer „akuten“ bzw. „chronischen Krise“ präziser herauszuarbeiten. Schließlich hat sich die Pandemie, wie wir alle leidvoll miterlebt haben, von einem anfänglichen Schockerlebnis zu einer hartnäckigen Krise entwickelt. EPISTEMIS geht davon aus, dass sich die öffentlichen und politischen Erwartungen an Expertise im Kontext spezifischer Krisenformen wandeln.

In normativer Hinsicht ist die Sicht auf Krisen oft einseitig: Krisen sind unerwünscht, dysfunktional, zerstörerisch, negativ. Doch Krisen haben einen positiven Aspekt: Sie sind so etwas wie ein Stresstest für bestehende Institutionen, Praktiken und Routinen. In unserem Fall erlauben sie eine begleitende Analyse des Zusammenspiels von beratender Wissenschaft und beratener Politik. Das Projekt geht also davon aus, dass man aus der Pandemie etwas über die Rolle wissenschaftlicher Expertise in Krisen und die Organisation von Politikberatung lernen kann.

Um die Coronakrise zu verstehen, muss man zunächst grundsätzlich klären, was das Wesen einer Krise ausmacht (Kapitel 2). Mit einer Krise assoziieren wir in der Regel ein unerwünschtes Realereignis, etwa einen Flugzeugabsturz, ein Erdbeben oder die Erderwärmung. Es ist darum erklärungsbedürftig, warum es Sinn macht, Krisen zugleich als soziale Konstruktion zu verstehen (Kapitel 3). Wie die Entwicklung der Pandemie in den letzten zwei Jahren zeigt, kann eine Krise verschiedene Phasen durchlaufen, also im Laufe der Zeit ihren Charakter verändern. Dies wird auf Grundlage einer Krisentypologie genauer greifbar (Kapitel 4). Unsere Unterscheidung zwischen akuter und chronischer Krise rekurriert auf den Politisierungsgrad dieser Krisen. Abschließend wird präzisiert, welche Folgen unterschiedliche Politisierungsformen für den demokratischen Diskurs haben – und für den Stellenwert wissenschaftlicher Expertise im politischen Prozess (Kapitel 5).

2. Was heißt Krise?

Krise (oder Krisis), abgeleitet aus dem Altgriechischen, ist heute ein hochgradig assoziationsbeladener Begriff, der wörtlich so viel wie Entscheidung oder Unterscheidung bedeutet. Von der Antike bis in die Neuzeit hinein dominiert der medizinische Wortgebrauch von Krise (Koselleck 1982). Krise meint in diesem Zusammenhang die Zuspitzung eines Krankheitsverlaufs, und so sprechen wir auch heute noch davon, dass der Patient sich in einem kritischen Zustand befinde. Das heißt, er wird es schaffen oder auch nicht, aber die aktuelle Situation ist in jedem Fall nur eine – leidvolle und auf Dauer unerträgliche – Übergangsphase, sozusagen die Phase der Entscheidung. Krise ist somit ein Prozessbegriff.

In der frühen Moderne wird der Begriff dann auch geschichtsphilosophisch aufgeladen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verkehrt sich die alte Hoffnung der Aufklärung, dass die Geschichte eine Stufenleiter zum Glück ist, ins Negative. Es setzt sich die Vorstellung fest, dass der modernen Gesellschaft aufgrund von Rationalisierung, Mechanisierung oder Technisierung der Kollaps drohe. Dies führt zu einem zeitdiagnostischen Alarmismus, der vor allem von der einflussreichen Kulturkritik verbreitet wird (Bogner 2021). Die Krise wird zum Hinweis auf einen bevorstehenden Epochenbruch, weil der aktuelle gesellschaftliche Zustand als unerträglich gilt. Der Begriff der Krise beschreibt damit auch in sozialer und politischer Hinsicht einen allgemein als problematisch erlebten Übergangszustand: „Er indiziert jenen Zeitabschnitt, in dem die Entscheidung fällig, aber noch nicht gefallen ist.“ (Koselleck 1982: 619).

Seit Ende des 19. Jahrhunderts lässt sich denn auch ein kontinuierlicher Anstieg der Verwendung des Krisenbegriffs im deutschen, englischen und französischen Sprachraum beobachten (Graf 2020). Ein erster Höhepunkt des Wortgebrauchs datiert um 1930 herum, wohl aufgrund der neuen Medien (Tagespresse), einer globalen Krise (Weltwirtschaftskrise) sowie einer Krisenbegeisterung auf Seiten der politischen Linken und Rechten, die sich gegen Liberalismus und Demokratie richtet. Dem Rückgang der Begriffsverwendung bis zum Ende des 2. Weltkriegs folgt ein langsamer Anstieg in der Nachkriegszeit sowie ein echter „Krisen“-Boom in den 1980er Jahren, ausgelöst durch das ökologische Krisenbewusstsein (Graf/Jaraus 2017). In den beiden Folgejahrzehnten beruhigt sich die Lage wieder.

Definition der Krise

Einer einflussreichen Definition aus der sozialwissenschaftlichen Krisenforschung zufolge ist eine Krise „a serious threat to the basic structures or the fundamental values and norms of a social system, which – under time pressure and highly

uncertain circumstances – necessitates making critical decisions.“ (Rosenthal et al. 1989: 10). Eine Krise zeichnet sich also durch Anomalien in dreierlei Hinsicht aus:

a) In *sozialer Hinsicht* bezeichnet „Krise“ eine Bedrohung für Leib und Leben bzw. für gesellschaftliche Basiswerte und Institutionen. Mit Blick auf Institutionen oder soziale Teilsysteme kann es dabei um die Gefährdung des Fortbestandes oder der Funktionserfüllung dieses Teilsystems gehen (Hasse 2012). Beispiele für letzteren Aspekt wären die Bildungskrise oder die Pflegekrise.

b) In *sachlicher Hinsicht* weist der Krisenbegriff auf eine Situation hin, in der unter hochgradiger Unsicherheit entschieden werden muss. Diese Unsicherheit ergibt sich aus unterschiedlichen Gründen, etwa weil Informationen fehlen oder vorliegende Daten keine eindeutigen Schlüsse zulassen, entsprechende Beratungsgremien fehlen oder kein Masterplan in der Schublade liegt. In akuten Krisen wird die Unsicherheit noch durch ein fehlendes „Framing“ gesteigert: Man weiß gar nicht, mit welchem Problem man es zu tun hat (siehe Abschnitt 4).

c) In *zeitlicher Hinsicht* weist der Krisenbegriff auf die Dringlichkeit politischen Handelns hin. Gerade in akuten Krisensituationen ist Abwarten oder Nicht-Entscheiden keine Option. Die Außergewöhnlichkeit von Krisen spiegelt sich genau darin, dass der Rückzug auf Routinen versperrt bleibt und Entscheidungen als bewusste Entscheidungen dargestellt werden müssen. Dies gilt allerdings nicht für alle Krisen in gleichem Maße (siehe Abschnitt 4).

Aus dieser Krisenbestimmung werden weitere Aspekte deutlich, die eine typisch moderne Semantik der Krise kennzeichnen:

a) *Die Emanzipativität von Krisen:* Im Krisenbegriff steckt ein Aufruf zum Handeln und dieser verdankt sich der Überzeugung, dass der Mensch seine Geschicke in die eigene Hand nehmen kann, oder anders gesagt: dass Geschichte (oder Gesellschaft) kein Schicksal ist, sondern gemacht wird. Das Aufkommen von Krisendiskursen in der Moderne verweist darauf, dass man sich die Gestaltung der sozialen Verhältnisse zutraut. Darin liegt das emanzipative Potenzial der Krise. Man könnte auch sagen: Die Krise ist ein Aufruf zur Einschränkung von Kontingenz. Denn sie vereinigt beides auf sich: den Zwang zur Entscheidung sowie die Freiheit zur Zukunftsgestaltung. Es gibt die Notwendigkeit einer Entscheidung, aber keine historische Notwendigkeit. Im Umkehrschluss heißt das: Eine hochgradig sensible Krisenwahrnehmung, sprich: die Entdeckung ständig neuer Krisen, ist keine soziale Pathologie, sondern lediglich die Kehrseite des typisch modernen Glaubens daran, dass man eigentlich – frei nach Weber – alle Dinge durch Berechnen beherrschen, planen und steuern

können sollte. Denn dieser Gestaltbarkeitsglaube wird von der modernen, uneinheitlichen und nicht zentral steuerbaren Gesellschaft oft enttäuscht. Das heißt, die gesteigerte Krisenwahrnehmung ist ein Produkt unrealistischer Gestaltungsansprüche.

b) *Die Inklusivität von Krisen:* Krisen betreffen alle, wenn auch nicht – aufgrund demographischer und sozialstruktureller Faktoren – in gleichem Maße: Die Demokratiekrise trifft alle Demokraten; die Klimakrise ist nicht nur ein Problem der Grünen, und Wirtschaftskrisen machen nicht nur den Armen das Leben schwer. Diese Inklusivität von Krisen spiegelt sich in politischen Kommentaren vom Typ „Wir können die Krise nur gemeinsam meistern.“ Das heißt, Krisen haben in aller Regel einen überparteilichen Charakter, auch wenn sie je nach Parteistandpunkt unterschiedlich interpretiert werden. Würden sich nicht alle (oder jedenfalls viele) real (oder symbolisch) betroffen fühlen, könnte die typische politische Krisenrhetorik nicht funktionieren. Gleichzeitig kann die politische Krisenrhetorik genutzt werden, um Gesellschaften in Schicksalsgemeinschaften zu verwandeln: „Wir müssen gemeinsam bereit sein, Opfer zu bringen.“ Das heißt, Krisen – und insbesondere akute Krisen – werden leicht zum Motor einer Entpolitisierung.

c) *Die Innovativität von Krisen:* Krisen sind außergewöhnliche Situationen und nicht der Normalfall. Diese Außergewöhnlichkeit bietet Chancen für außergewöhnliche, im Normalbetrieb nicht legitimationsfähige Lösungen und Wege. Im positiven Fall kann die Klimakrise „grüne Technologien“, neue Mobilitätskonzepte und alternative Energien auf den Weg bringen; im negativen Fall die Öko-Diktatur legitimieren. Krisen sind jedenfalls historische Phasen, in denen sich die Chance bietet, Neues durchzusetzen, und zwar schneller als im gesellschaftlichen Normalbetrieb. Darauf spielt schon Jacob Burckhardt an, wenn er in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ anmerkt, dass Krisen den sozialen Wandel extrem beschleunigen: „Der Weltprozess gerät plötzlich in furchtbare Schnelligkeit, Entwicklungen, die sonst Jahrhunderte brauchen, scheinen in Monaten und Wochen wie flüchtige Phantome vorüberzugehen und damit erledigt zu sein.“ (Burckhardt 1978: 168) Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass Krisendiskurse stets der verantwortungslosen Dramatisierung verdächtigt werden, und dies gilt schon für die frühe Karriere des Krisenbegriffs im England des 18. Jahrhunderts (Bluhm 2015).

Krisen und Katastrophen

Ein letzter Punkt betrifft die Abgrenzung zwischen zwei Begriffen, die eng zusammen gehören: Krise und Katastrophe. Mitunter sind Katastrophen Auslöser für schwere Krisen (wie im Fall von Fukushima) oder hartnäckige, lang anhaltende

Krisen entwickeln katastrophale Folgen (wie z. B. Extremwetterereignisse infolge des Klimawandels). Dennoch haben beide Begriffe ganz unterschiedliche Bedeutungen.

Krisen sind immer gesellschaftliche Krisen, weil die Krisenwahrnehmung auf gesellschaftliche Gestaltungsansprüche verweist. Außerdem ist Krise ein Prozessbegriff: Krisen sind Prozesse, die sich unter großer öffentlicher Anteilnahme, aber oft geringer individueller Betroffenheit abspielen. Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit sind die Flüchtlingskrise oder die Eurokrise. In diesem Sinne bleiben Krisen oft abstrakt.

Katastrophen hingegen sind etwas Konkretes. Es handelt sich um zeitlich und lokal abgegrenzte Ereignisse, die ihre zerstörerische Wirkung der Tatsache verdanken, dass sie weder voraussehbar noch beeinflussbar sind. Katastrophen kommen wie der sprichwörtliche Blitz aus dem heiteren Himmel. Man kann nur reagieren und die schlimmsten Folgen abzumildern versuchen. Spricht man von Katastrophe, nimmt man den Menschen, den Staat, die Wissenschaft aus der Verantwortung, weil die Negativfolgen auf externe Gewalten zugerechnet werden („Natur“).

Katastrophen sind in der Moderne daher ein Sonderfall. Schließlich lebt die Moderne vom Glauben an die Berechenbarkeit und Gestaltbarkeit aller Dinge. Dieser Glaube heizt die Suche nach Gründen für das Eintreten einer Katastrophe an, nach verpassten Vorsorgemaßnahmen und menschlichen (oder behördlichen) Fehlern. Man gibt sich nur ungern mit der Auskunft zufrieden, dass sich eben eine Katastrophe ereignet habe, mit anderen Worten: dass man von der Natur überrascht worden sei.

Was eine Krise ist, entscheiden unsere Normalitätserwartungen

Es gibt auch einen engen Bezug zwischen Krise und Normalität. Damit ist nicht gemeint, dass man Krise und Normalität einfach gleichsetzen sollte, so wie dies in der Soziologie oft geschieht (vgl. Schulze 2011: 41ff.; Reckwitz 2017: 437). Vielmehr ist die Krise der Ausnahmefall, der viel über den Regelfall, also unsere Erwartungen an die Normalität, verrät. Ein Beispiel: Der unerwartete, massenhafte Zustrom an Flüchtlingen wurde im Sommer 2015 zu einer „Flüchtlingskrise“, weil der Staat nach Einschätzung vieler seine Kontrollfunktion vernachlässigte. Wer diese Einschätzung nicht teilte, sprach von Integrationskrise und wies damit auf Exklusionsmechanismen der Mehrheitsgesellschaft hin. Beide Interpretationen machen den normativen Kern jeder Krise greifbar. Es ist offensichtlich, dass die Krisenwahrnehmung auf normativen Überzeugungen, also bestimmten Normalitätserwartungen, basiert.

3. Krise als soziale Konstruktion

Krisen sind soziale Konstruktionen. Das heißt natürlich nicht, dass Krisen reine Erfindungen sind. Das wäre ein Missverständnis. Es heißt vielmehr, dass Situationen, Prozesse oder Ereignisse als Krise thematisiert werden müssen, um als Krise verstanden und behandelt werden zu können (Spector 2020). Ein allgemeines Krisenbewusstsein stellt sich nur auf der Grundlage gemeinsam geteilter Bedeutung her. Tatsachen sprechen nicht für sich selbst. Kurz gesagt: „A crisis is to a considerable extent (...) what people make of it.“ (Boin et al. 2018: 34). Oder anders formuliert, mit Blick auf die große Bedeutung der Medien für die gesellschaftliche Krisenwahrnehmung: „If CNN defines a situation as a crisis, it will indeed be a crisis in all its consequences.“ (Rosenthal et al. 2001: 12)

Solche (medialen) Krisendefinitionen fallen nicht vom Himmel. Man braucht dafür so etwas wie eine empirisch begründete Idee einer Krise; erst dann lassen sich bestimmte Dinge als Anzeichen einer Krise verstehen. Historische Krisenvorläufer sind in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung, im Fall von Corona also Epidemien der jüngeren Vergangenheit wie die Vogelgrippe oder die Schweinepest. Was dann konkret als Krise erfahren und gewertet ist, ist nicht immer prognostizierbar. Die reine Zahl an Toten oder das Ausmaß der Verwüstung muss dafür keineswegs ausschlaggebend sein. Eine entscheidende Rolle spielen die Erfahrungen und Erinnerungen der Betroffenen, ihr Referenzrahmen und ihre Werte – und natürlich die mediale Darstellung und Interpretation der Krise.

„Frame contest“ – Kampf um Hegemonie

Die Interpretation einer Krise (als Krise) setzt sich nicht konfliktfrei durch. Es gibt in aller Regel Kämpfe um die Deutung der Krise: Handelt es sich beim aktuellen Ereignis um eine kleine Anomalie im Rahmen normalen sozialen Wandels oder um eine wirkliche Krise? Ist die Krise ein Symptom für gesellschaftliche Missstände oder eine Folge natürlicher Prozesse? Welches Problem bringt sie zum Ausdruck? Am Beispiel der Coronakrise: Ist diese Pandemie eine asiatische Spezialität (Wildtiermärkte) oder spiegelt sie die Probleme unserer industriegesellschaftlichen Lebensform?

Solche Streitfragen machen deutlich, dass in jeder Krise immer auch um Hegemonie gerungen wird. Denn in diesem Streit entscheidet sich, wessen Deutung und welcher „Frame“ sich durchsetzt (Boin et al. 2009). Dies hat weitreichende Folgen. Schließlich dreht sich der Streit um die Art, die Ursachen und das Ausmaß der Krise; es geht um die politische Verantwortung, es geht um Lehren aus der Krise und damit um die Gestaltung der Zukunft. Das heißt, die Krise erweist sich als das sprichwörtliche „window of opportunity“, um eigene Politik- und Ordnungsvorstellungen

durchzusetzen. Wer mit seiner Krisendeutung einflussreich wird, bestimmt die soziale und politische Realität.

Von der anonymen Gefahr zur realen Krise

Eine Krise ist also keine schlichte Naturtatsache, auch wenn die Natur im Spiel ist (etwa in Form eines Virus). Eine Krise wird erst vermittels ihrer Symbolisierung durch den gesellschaftlichen Diskurs zu einer Krise. Dieser Diskurs reagiert auf Anomalien, die als Gefährdung für Leib und Leben oder für zentrale Werte und Institutionen gelten. Das heißt, der Krisendiskurs reagiert auf bestimmte Krisenparameter, aber er repräsentiert nicht die Krise in ihrer „wahren Form“. Genau dies, nämlich die Kluft zwischen Diskurs und Realität, heizt die Frage nach dem wahren Charakter der Krise an und führt, wie erwähnt, oft zu heftigen Auseinandersetzungen.

In Summe heißt dies: Wenn man von der Krise als einer sozialen Konstruktion spricht, dann meint das genau genommen: Bestimmte Phänomene (ein herannahender Wirbelsturm, ein global zirkulierendes Virus, der abgeholzte Tropenwald) müssen mit bestimmten Werten in Verbindung gesetzt werden (Gesundheit, Nachhaltigkeit, Fairness), und diese Konstruktion muss über Wissen stabilisiert werden (Expertise), damit eine anonyme, aufmerksamkeitsferne Bedrohung zu einer gesellschaftlichen Krise wird. Akute Krisen zeichnen sich durch einen weitreichenden gesellschaftlichen Konsens in der Krisenkonstruktion aus. Chronische Krisen hingegen sind durch Konflikte über den Charakter der Krise und die richtige Krisenpolitik gekennzeichnet. Darauf kommen wir im vierten Abschnitt noch einmal zurück.

Soziale Konstruktionen sind keine Erfindungen

Wenn die Soziologie von der Krise als soziale Konstruktion spricht, meint sie also nicht, dass es keine Realität gibt oder dass die Krise kein materielles Substrat hat (sondern eine Kopfgeburt ist). Es heißt nur, dass sich die Soziologie als Wissenschaft vornehmlich auf die Deutungsebene bezieht (und nicht auf die ontologische Ebene der materiellen Dinge). Für die Soziologie ist unsere Realität immer eine sprachlich vermittelte und symbolisch gedeutete Realität; andernfalls hätte sie für uns gar keine Bedeutung. Die Krise muss also begrifflich und narrativ als Krise gefasst werden, um eine soziale Tatsache zu sein. Aber natürlich kann sich eine Krisenerzählung nicht einfach über die Realität hinwegsetzen, also über das, was im Rahmen einer gemeinsamen Weltanschauung als Realität gilt. Dazu ein alltagsnahes Beispiel: Wir müssen unsere Hauskatzen nicht dem biologischen Klassifikationssystem entsprechend der Gruppe der katzenartigen Raubtiere zurechnen, wir könnten die Vierbeiner theoretisch auch nach Farbe oder Fellstärke (oder Mundgeruch) klassifizieren. In keinem Fall jedoch könnten wir behaupten, dass Katzen keine Beine sondern Flossen oder

Flügel haben. Das heißt, Katzen haben ganz zweifellos bestimmte physiologische Eigenschaften. Doch welche Bedeutung diese Eigenschaften für uns haben, bestimmt sich in der sozialen Welt eben in Form von Deutungen und Diskursen (vgl. Burningham/Cooper 1999). Oder noch plakativer: Sozialkonstruktivisten leugnen nicht, dass es Katzen gibt. Sie fragen vielmehr danach, welche Bedeutung solche Lebewesen namens Katze für die Menschen und ihre Interaktionen haben.

Die Krisenwahrnehmung macht den Unterschied

Mit Blick auf unser Thema heißt das: Einer Situation oder einem Ereignis muss die Bedeutung einer existenziellen gesellschaftlichen Herausforderung zugeschrieben werden, damit dieses Ereignis – zum Beispiel das massenhafte Auftreten von Covid-19 – als Krise begriffen werden kann. Ohne eine solche Interpretation mögen die krisenspezifischen Probleme zwar existent sein; doch wir könnten darauf nicht als eine Krise reagieren, weil wir die Konstellation nicht als Krise verstehen (Milstein 2015: 155). Corona hat deutlich gemacht, dass es einen großen Unterschied macht, ob eine Situation gesellschaftlich als Krise verstanden wird oder nicht. Spätestens mit der Ausrufung einer Pandemie durch die WHO am 11. März 2020 wurde der politische Entscheidungsdruck evident, auch für Länder, die zum damaligen Zeitpunkt keine erschreckenden Todeszahlen aufgewiesen hatten. Rasch entwickelte sich ein transnationales Krisenbewusstsein.

Wie lautet das Zwischenfazit? Krise ist, wenn über bestimmte Situationen, Ereignisse oder Prozesse als Krise kommuniziert wird. Die Krise, mit anderen Worten, ist abhängig von der gesellschaftlichen Krisenwahrnehmung. Die konkrete Form der Krisenwahrnehmung ist im Einzelfall von vielen Parametern abhängig: von der individuellen (realen oder symbolischen) Betroffenheit, von historischen Erfahrungen und Krisenerzählungen, von Art und Ausmaß der Bedrohung, vom Vertrauen in Politik und Institutionen, von unseren Normalitätserwartungen und vielem anderen mehr. An dieser Stelle geht es nicht darum, relevante Beeinflussungsgrößen für den Faktor Krisenwahrnehmung zu bestimmen. Dies war nicht das Ziel dieses Abschnitts. Es ging uns vielmehr darum, die große Bedeutung dieses Faktors für eine (vergleichende) Charakterisierung von Krisen zu unterstreichen. Welche Folgen dies für den Vergleich von Krisen hat, erörtern wir im folgenden Abschnitt.

4. Akute und chronische Krisen – eine Krisentypologie

Weitläufigkeit und Unschärfe des Krisenbegriffs (siehe Abschnitt 2) lassen den Bedarf für eine Typisierung von Krisen erkennen. Schließlich werden nur auf Basis einer Typologie grundlegende Strukturmuster von Krisen sowie Gemeinsamkeiten

zwischen unterschiedlichen Krisen greifbar. Und nur dann, wenn man eine klare Vorstellung von der sozialen Logik und Struktur einer Krise hat, kann man in politischer Hinsicht (oder auf organisationaler Ebene) auch angemessen reagieren. Ohne Typisierung bleiben die Dinge komplex und unübersichtlich. Aus diesem Grund hat sich innerhalb der sozialwissenschaftlichen Krisenforschung eine Fülle an Typologien entwickelt. Diese Typologien zielen in aller Regel darauf ab, jene Herausforderungen für das Krisenmanagement zu identifizieren, die sich im Kontext eines bestimmten Krisentypus ergibt.

Übertragen auf unser Thema heißt dies: Die spezifische Bedeutung von Expertise für politisches Handeln (einschließlich deren Konfliktpotenzial und Grenzen) lassen sich nur auf Basis einer entsprechenden Krisentypologie ermessen. Erst auf dieser Grundlage werden Überlegungen zu der Frage, auf welche Weise Politikberatung organisiert sein muss, über den konkreten Anlassfall hinaus instruktiv. Erst dann lässt sich erkennen, welcher Krisentypus welche Anforderungen an die Vermittlung und Verwendung wissenschaftlicher Expertise stellt. Das heißt, mithilfe einer wissenssoziologisch orientierten Krisentypologie lassen sich Einsichten, die an einem bestimmten empirischen Fall gewonnen werden, auf vergleichbare Fälle übertragen.

Endogene und exogene Krisen

Klassische Krisentypologien rekurren auf die Unterscheidung zwischen Natur und Gesellschaft und kommen auf diese Weise zu einer binären Logik der Verantwortungszuschreibung (natürlich/menschengemacht, exogen/endogen). Doch es war nie sonderlich überzeugend, Krisen an die Natur auszulagern. Schließlich setzt der Begriff der Krise menschliche Gestaltungsfähigkeit geradezu voraus (siehe Abschnitt 2). Mit dem Begriff der Krise bewegt man sich sozusagen immer schon auf der Seite der Gesellschaft, während der Begriff der Katastrophe den Aspekt des Natürlichen, sprich Nicht-Beeinflussbaren betont. In der Moderne sind daher nicht Krisen, sondern Katastrophen die ganz große Ausnahme. Denn die Moderne basiert, wie Max Weber betont hat, auf dem „Glauben daran: daß man, wenn man nur wollte, [...] alle Dinge – im Prinzip – durch Berechnen beherrschen könne“. (Weber 1995: 19) Das heißt: Die Zurechnung auf Natur ist in einem Zeitalter, das die Natur nur noch als vergesellschaftete Natur kennt, weniger eine belastbare Ursachenbehauptung („die Natur ist schuld“), als vielmehr eine Entlastungskonstruktion („der Mensch ist nicht schuld“). Diese Entlastungskonstruktion macht allerdings die Bühne frei für die Diskussion um komplexere Zusammenhänge, also die Frage, ob die Krise eine Folge organisationalen Versagens oder politischer Fehlsteuerung ist.

Ein fernes Echo dieser klassischen Krisentypologie findet sich auch noch in der Unterscheidung zwischen normalen und abnormalen Krisen (Mitroff/Alpaslan 2003).

Abnormal sind jene Krisen, die absichtlich herbeigeführt werden (wie z. B. Terroranschläge); normal hingegen sind jene Krisen, die – wie es Perrow (1992) am Beispiel von Atomanlagen beschrieben hat – durch die komplexe Logik organisationaler Abläufe hervorgerufen werden. In diesem Fall lässt sich keine Einzelhandlung als Ursache der Katastrophe bestimmen. Aufgrund der Komplexität des Systems erscheint die Gefahrensituation als unvorhersehbar und überraschend, eben wie ein Naturereignis.

Andere Typologien sind pragmatischer bzw. gegenständlicher Art: So wird in manchen Fällen beispielsweise zwischen Ölkatastrophen, Terrorismus, Chemieunfällen, Nuklearkatastrophen und Massenpanik (wie im Brüsseler Heysel-Stadion 1985) unterschieden (vgl. Rosenthal/Kouzmin 1997). Das Augenmerk liegt hier auf dem gegenständlichen Auslöser der Krise. Doch damit geraten die strukturellen Eigenschaften von Krisen nicht in den Blick. Was beispielsweise manche Ölkatastrophen und Chemieunfälle verbindet (oder verschiedene Ölkatastrophen voneinander unterscheidet), lässt sich nicht deutlich machen.

Anspruchsvollere Typologien

Analytisch ambitioniertere Typologien basieren auf der Kombination zweier Krisenfaktoren in dichotomer Ausprägung (Burnett 1998, Gundel 2005, Björk 2016). In einer einflussreichen Arbeit hat Gundel (2005) eine Typologie entworfen, die auf den Faktoren „Berechenbarkeit“ („predictability“) und „Beeinflussbarkeit“ („influence possibilities“) basiert. Eine Krise ist berechenbar, wenn Ort, Zeit und Art ihres Auftretens vorhergesehen werden konnte und das Auftreten der Krise ziemlich wahrscheinlich war. Beeinflussbar ist eine Krise, wenn man ihr präventiv oder reaktiv begegnen kann. (Dies setzt natürlich Berechenbarkeit voraus.)

Aus der Kombination der beiden Faktoren entwickelt Gundel (2005) vier Krisentypen:

- a) **Konventionelle Krisen** sind gut vorhersehbar und gut beeinflussbar. Dank einschlägiger Erfahrungen liegen die Krisenpläne praktisch schon in der Schublade. Man könnte einwenden: Warum kommt es überhaupt zur Krise, wenn die Dinge gut vorhersehbar und gut steuerbar sind?
- b) **Unerwartete Krisen** sind gut zu beeinflussen, aber schwer vorherzusehen. Mangels Vorhersehbarkeit kann man immer nur reagieren. Als Beispiel wird die Kaprun-Katastrophe genannt. Aber: Solche Katastrophen sind nicht automatisch auch Krisen.
- c) **Hartnäckige Krisen** sind leicht zu antizipieren, aber schwer zu beherrschen, und zwar aufgrund der Komplexität des Systems oder wegen Interessenkonflikten um richtige Strategie. Ein typisches Beispiel wäre die Klimakrise.

- d) *Fundamentale Krisen* sind schwer berechenbar und schwer beeinflussbar. Von diesen Krisen wird man schlichtweg überrascht, und es existieren keine Handlungs-routinen. Erneut stellt sich die Frage: Handelt es sich hier nicht vielmehr um Katastrophen oder Unfälle?

Konfliktintensität und Krisenwahrnehmung – die Faktoren unserer Typologie

Unsere Typologie geht von einer klaren Unterscheidung zwischen Krise und Katastrophe aus und begreift Krisen daher als ein grundsätzlich gesellschaftliches Ereignis (siehe Abschnitt 2). Sie hat in erster Linie den Anspruch, die Spezifika der Coronakrise besser sichtbar zu machen, vor allem mit Blick auf die Erwartungen, die sich auf wissenschaftliches Wissen und Expertise richten. Im Hinblick auf die Bestimmung zentraler Krisenfaktoren nimmt unsere Typologie eine politische Alltagsbeobachtung zum Ausgangspunkt: In der Coronakrise lassen sich (zumindest) zwei Phasen unterscheiden: Nach einer Phase hoher Zustimmung zu einer restriktiven Krisenpolitik, die sich dem Schockmoment verdankte, entwickelten sich allmählich deutliche Interessengegensätze, als sich ein zäher Kampf gegen das Virus abzeichnete und die Krise anhielt. Die gesteigerte Konfliktintensität ist ein wichtiger Parameter, um die beiden Phasen der Coronakrise zu unterscheiden.

Die *Konfliktintensität* – und das heißt im Wesentlichen: die Unterscheidung zwischen Konsens und Dissens – dient daher als Ausgangspunkt unserer Typologie. Konsens bzw. Dissens richten sich entweder auf Ziele (z. B. staatlicher Gesundheitsschutz) und/oder die Maßnahmen der Krisenpolitik (z. B. Lockdown). Das heißt, potenzielle Konflikte beziehen sich auf die Werteebene (sind die Zielsetzungen richtig?) und/oder auf die Wissens Ebene (sind die Mittel effektiv?). Grundsätzliche Infragestellungen der Krisenpolitik gehen darüber hinaus mit einer Kritik der gesellschaftlichen Krisenwahrnehmung einher (ist es überhaupt eine Krise?).

Eine zweite Ebene der Typologie wird durch die *Krisenwahrnehmung* aufgespannt. Die Bedeutung dieser Kategorie ergibt sich aus der Tatsache, dass die Krise immer auch eine soziale Konstruktion ist (siehe Abschnitt 3). Schließlich bleibt der Bedrohungsgehalt vieler Krisen abstrakt, wenn diese nicht in einen bestimmten Deutungsrahmen gestellt werden. Das heißt, Krisen müssen konkret oder real gemacht werden, und dies passiert in Form eines kollektiven Sinnstiftungsprozesses („Framing“). Eine Krise ist dann real, wenn sie vermittels ihrer kulturellen Symbolisierung zu einer sozialen Tatsache geworden ist.

Die Krisenwahrnehmung ist selektiv und folgt nicht zwangsläufig dem „realen“ Ausmaß oder Verlauf der Krise. Mancher Strukturwandel, manche Prozesse werden als krisenhaft empfunden, andere nicht. Bestimmte Kennzahlen oder Grenzwerte gelten im einen Fall als ernster Krisenindikator, ein anderes Mal jedoch nicht:

Obwohl in der dritten Corona-Welle die Infektionslage deutlich angespannter war, berichteten die Medien in Deutschland in der ersten Welle deutlich intensiver über die Pandemie (Reinemann/Maurer 2021).¹ Daraus wird ersichtlich, dass die Krisenwahrnehmung von Erwartungen und Erfahrungen, von Ort und Zeit abhängt. Letztlich informieren Krisen darüber, was gesellschaftlich als Normalität gilt.

Aus der Kombination unserer beiden zentralen Dimensionen (Konfliktintensität und Krisenwahrnehmung) ergibt sich folgende Typologie, die im Anschluss näher vorgestellt wird.

		<i>Konfliktintensität</i>	
		Niedrig („Konsens“)	Hoch („Dissens“)
<i>Krisenwahrnehmung</i>	Hoch („Alarm“)	Akute Krise	Konträre Krise
	Niedrig („Gewöhnung“)	Abstrakte Krise	Chronische Krise

Tabelle 1: Krisentypologie

4.1 Akute Krisen

Akute Krisenphasen sind durch starke Krisenwahrnehmung und einen weitgehenden gesellschaftlichen Wertekonsens charakterisiert. Dieser Konsens stellt sich vor allem in Schockmomenten her, die als katastrophal erlebt werden. Im Fall von Corona erzeugten die alarmierenden Bilder aus der Lombardei einen solchen Schockmoment. Der Lebensschutz erhielt – abstimmungsfrei und kompromisslos – oberste Priorität zu Beginn der Krise, und ausgerechnet ein konservativer Politiker musste daran erinnern, dass diese Absolutheit des Lebensschutzes sachlich nicht geboten ist.² Die (reale oder symbolische) Betroffenheit war hoch; Solidarität (mit Alten und Kranken, mit hilfsbedürftigen Nachbarn, mit dem Pflegepersonal) wurde groß geschrieben. Die Erwartung an die Politik lautete: Schnell handeln und wirksame Maßnahmen einleiten. Die Politik konnte sich weitgehend darauf beschränken, auf der Basis von Notstandsverordnungen die Krise zu administrieren, solange die

¹ Grundlage dieser Studie ist eine Stichprobe von über 5000 Beiträgen im Zeitraum von Januar 2020 bis April 2021 aus elf Medienhäusern, darunter FAZ, Süddeutsche, Spiegel, Bild, Welt, ARD und ZDF.

² So Wolfgang Schäuble (CDU) in einem Interview für den *Tagesspiegel* am 26. April 2020.

Angst vor der Corona-Pandemie dominierte und die Zustimmung zu den Maßnahmen hoch war.

In akuten Krisen schlägt die Stunde der Exekutive, wie es so schön heißt. Diese Zentralisierung (und teilweise Informalisierung) politischer Entscheidungsprozesse kann bis hin zu einer „Verfassungsdiktatur“ reichen (t Hart et al. 1993). Im Corona-Fall ist der Primat des Regierungshandelns teilweise als Selbstentmachtung des Parlaments gelesen worden (Merkel 2020). Der US-amerikanische Politologe Roger Pielke spricht von „Tornado-Politik“ (Pielke 2007). Das heißt, wenn der Hurrican kommt, ist für demokratisches Abwägen keine Zeit. Dann wollen wir von den Experten einfach nur wissen, wo es langgeht. Das heißt, in akuten Krisen ist die Expertokratie legitim. Diese Expertokratie kann nur dann funktionieren, wenn *eine* wissenschaftliche Disziplin (oder Perspektive) klar die Oberhand hat und nur ein schmaler Ausschnitt verfügbarer Expertise in der Politik Gehör findet. In diesem Sinne erklärte Markus Söder zu Beginn der Krise: „Die Bayerische Staatsregierung hat ihre Handlungen mit Ärzten, Virologen und Experten abgestimmt. Es gilt das Primat der Medizin.“³

Mit Blick auf die massenmediale Berichterstattung lässt sich die akute Phase der Coronakrise ziemlich genau bestimmen: Zwischen März und Mai 2020 gab es die höchste Aufmerksamkeit für die Pandemie in den deutschen Polit-Talkshows (Faas/Krewel 2021). Zwar war die Coronakrise auch zu Beginn sowie im Herbst des Jahres 2021 noch einmal ein großes Thema (was die Wellenbewegung dieser Krise unterstreicht), doch das Niveau der ersten Monate wurde nicht mehr erreicht.

Der Organisationspsychologe Karl Weick hat darauf hingewiesen, dass jede Krise immer auch eine Krise der Sinnstiftung ist, und er hat dabei – in unserer Diktion – insbesondere an akute Krisen gedacht (Weick 1993). Prozesse der Sinnstiftung („sense-making“) machen uns die Dinge vertraut und verständlich und schaffen Ordnung; sie sind maßgeblich dafür, was wir als Realität erleben. Die eingelebten Muster der Sinnstiftung, also etablierte „Frames“, werden mitunter durch neue, außergewöhnliche Situationen oder Probleme überfordert. Diese Situationen bleiben schillernd und mehrdeutig, weil wir uns keinen Reim auf sie machen können. Es entsteht daher der Eindruck überbordender Bedeutung. Der Überschuss an Bedeutung lässt das – nicht genau zu bestimmende – Problem bedrohlich erscheinen. Die Überforderung unserer Interpretationskapazität drückt sich in den Negativbegriffen aus, mit dem wir die krisenhafte Situation beschreiben: Das Problem gilt als unwahrscheinlich, unvorhersehbar, unkontrollierbar usw. Das ungenau bestimmte Problem

³ Das Zitat stammt aus der Kabinettsitzung vom 17. März 2020, vgl. <https://www.bayern.de/bericht-aus-der-kabinettsitzung-vom-17-maerz-2020/>

muss also gerahmt, mit Bedeutung versehen werden, um auf diese Weise verstanden und bis zu einem gewissen Grad auch normalisiert zu werden. Diese Sinnstiftungsaktivitäten bestimmten die akute Phase der Coronakrise: Man versuchte dem neuen Phänomen Herr zu werden, indem man historische Analogien bemühte (Spanische Grippe), die Zukunft prognostizierte (Modellierungen), das Virus entschlüsselte (Biomedizin) oder weitreichende Krisendiagnosen entwarf (Soziologie).

Was also ist eine akute Krise? Letztlich: ein Überfluss an Bedeutung bei gleichzeitigem Mangel an Information. In akuten Krisen greifen gewohnte Handlungsroutinen nicht mehr, es gibt keinen Masterplan, und oft ist nicht einmal klar, mit welcher Sorte von Gefahr man es zu tun hat. Es wird daher händeringend nach verlässlichen Daten, Studien oder Analogien gesucht, um die Situation interpretieren zu können und eine klare Vorstellung von der Krise zu entwickeln. Bei aller Orientierungslosigkeit existiert aber zumindest eine klare Idee, wo Hilfe zu suchen ist, nämlich in erster Linie bei der Wissenschaft. Die Pandemie führt also nicht zu epistemischer Anomie, zu einem Verlust der rationalen Ordnung. Vielmehr versucht man, den Bedeutungsüberschuss durch besseres Wissen zu reduzieren. Dies erklärt den herausgehobenen Stellenwert wissenschaftlicher Expertise in vielen akuten Krisen.

4.2 Abstrakte Krisen

Abstrakte Krisen sind für die meisten von uns „weit weg“. Sie existieren im kollektiven Gedächtnis oder werden in Fachdiskursen als Krisen thematisiert, sind aber im Alltag selten spürbar bzw. können leicht verdrängt werden. Beispiele dafür sind der Kalte Krieg, der Hunger in der Dritten Welt oder die Demokratiekrise. Um die richtige Interpretation und politische Bekämpfung dieser Krisen entzündeten sich kaum Konflikte, entweder weil die Basisnorm außer Frage steht (z. B. Wohlstand, Demokratie) oder weil sich die Krisenbewältigungspolitik nur in langen Zeiträumen wandelt (z. B. Übergang zu einer sozialliberalen Entspannungspolitik in der Ära Brandt). Um das Bedrohungspotenzial abstrakter Krisen in Erinnerung zu rufen, sind Krisenverschärfungsereignisse nötig. Im Fall des Kalten Krieges ist die Kuba-Krise ein Beispiel dafür. Später wurde der NATO-Doppelbeschluss – jedenfalls von der Friedensbewegung – als mutwillige Krisenverschärfungsmaßnahme interpretiert. Auch mit Blick nach Afrika entwickeln sich anlassspezifisch Proteste, die auf die Hungerkrise aufmerksam machen. Und natürlich gibt es auch Demonstrationen gegen die Gefährdung der Demokratie durch den Rechtspopulismus. Doch dieser Protest spielt sich an den Rändern der Gesellschaft ab. In der breiten Mitte herrscht allgemeiner Konsens über die Westorientierung und das Bekenntnis zur NATO bzw. hohe Zustimmung zu Kapitalismus und Wohlstandsorientierung. Der Protest ist kein Indikator für ein verallgemeinertes Bedrohungsgefühl. In weiten Bevölkerungsteilen

erscheint vielmehr der Protest als die wahre Krise („Geht doch nach drüben“). Lange Zeit konnte hierzulande auch die Bedrohung der inneren Sicherheit (durch Terrorattacken, Hackerangriffe, Blackout) als eine eher abstrakte Krisensituation verstanden werden. Entweder weil scheinbar nur andere betroffen waren, seien es Ausländer und Flüchtlinge (rechtsextremer Terror gegen Ausländer in den frühen 1990er Jahren), das „System“ und seine hochrangigen Repräsentanten (RAF, Bewegung 2. Juni) oder Unternehmen und Konzerne (Hacker). Mit dem politischen Islamismus beginnt sich das Bild zu wandeln: Wir erleben eine entgrenzte Betroffenheit durch den Terror gegen „Ungläubige“. Diese Terroranschläge werden als Angriff auf die freiheitliche Grundordnung und unsere liberale Lebensweise verurteilt und treffen uns somit alle. Die Terroranschläge des IS und seiner Epigonen begründen darum eine akute Krise. So ist der politische Islamismus in seiner gewalttätigen Ausprägung ein gutes Beispiel dafür, wie sich der Charakter von Krisen im Laufe der Zeit wandeln kann: Was früher einmal als abstrakte Krise wahrgenommen wurde, kann sich schnell zu einer akuten Krise entwickeln.

4.3 Konträre Krisen

Bei diesem Krisentypus verbindet sich eine starke Krisenwahrnehmung mit einem hohen Dissens über die richtige Kriseninterpretation und angemessene Polit-Strategien zur Bekämpfung der Krise. Die Krise wird allgemein als ernst empfunden, doch ihre konkrete Interpretation ist durch divergierende Interessenstandpunkte bzw. Ideologien bestimmt und daher konträr. Überspitzt gesagt: Bei diesem Krisentypus liegt das Krisenpotenzial in der Gespaltenheit der Gesellschaft, und im Zuge der Konflikte um die richtige Krisendeutung wird diese Polarisierung oft noch vertieft. Die politische oder ideologische Position hat eine hohe Bedeutung für die Krisenwahrnehmung. Ein historisches Beispiel für eine konträre Krise ist die Krise des Parlamentarismus in den Zeiten der Weimarer Republik: Während die radikale Linke die liberale Demokratie als Diktatur der Bourgeoisie attackierte, denunzierte sie die extreme Rechte als Verrat an der völkischen Einheit. Angesichts derart fundamentaler Gegensätze erscheint ein gemeinsamer Weg aus der Krise oder auch ein Kompromiss – wie er im politischen Tagesgeschäft üblich ist – undenkbar. Es gibt in dieser Situation nur die Möglichkeit, für eine Gleichartigkeit der Interessen zu sorgen (Kommunismus, Faschismus) oder am Pluralismus der liberalen Demokratie festzuhalten. Dies verdeutlicht den Unterschied zwischen einem (kompromissfähigen) Interessenkonflikt und einer konträren Krise. Ein anderes Beispiel sind Weltanschauungskrisen. Diese ergeben sich im Zuge grundsätzlicher Paradigmenwechsel, also im Zuge der Durchsetzung eines neuen Weltbildes. Klassische Fälle in diesem Kontext sind die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Wissenschaft um wissenschaft-

liche Theorien, die aufgrund ihrer lebensweltlichen Relevanz selbst die Geltung von Weltanschauungen erlangt haben und sich an Namen wie Galilei, Darwin und Freud festmachen. Ein aktuelles Beispiel finden wir im stark polarisierten Streit um die Identitätspolitik. Im Gender-Bereich steht dabei der Kampf um die symbolisch-moralische Anerkennung verschiedener Identitätsformen im Vordergrund, die als Sammelbewegung unter dem Kürzel LGBT (aktuell LBGTQIA*) bekannt geworden sind. Während diese soziale Bewegung die Krise in der Missachtung jener im heteronormativen Geschlechterdispositiv marginalisierten Identitäten sieht, sehen andere die Krise gerade in dem starken Fokus auf Identitätsfragen begründet. Wiederum: Um eine Krise handelt sich hier aufgrund der öffentlichen Problematisierung einer bedrohlichen gesellschaftlichen Entwicklung, wengleich das Bedrohungspotenzial – je nach Gruppenstandpunkt – eine ganz unterschiedliche Form und Ursache hat. Was im Gegensatz zu akuten Krisen deutlich wird: Im Fall konträrer Krisen werden neuartige Situationen oder hochgradige Irritationen mithilfe starker Ideologien gedeutet und bearbeitet. Der Stellenwert wissenschaftlicher Expertise, die im Allgemeinen für Information und Orientierung sorgt, ist darum deutlich geringer als in akuten Krisen.

4.4 Chronische Krisen

Um gleich mit einem naheliegenden Missverständnis aufzuräumen: „Chronische Krise“ heißt *nicht*: Die Krise ist ein Dauerzustand. Eine Krise kann definitionsgemäß nicht von ewiger Dauer sein. Wäre sie es, wäre Krise nur ein anderes Wort für Normalität. Was heißt „chronische Krise“ wirklich? Wörtlich bedeutet chronisch langsam bzw. lange andauernd (in der griechischen Mythologie ist Chronos die personifizierte Zeit). In der Medizin spricht man von chronischer Krankheit, wenn der Krankheitsverlauf sich über viele Monate erstreckt. In unserem Zusammenhang heißt chronisch so viel wie hartnäckig, zäh, langanhaltend: Es ist schwierig, die Krise zu überwinden, das heißt ein halbwegs exaktes Ende der Krise zu bestimmen, etwa weil die Ursachen der Krise oder auch – mangels entsprechender Aufmerksamkeit – deren Gefahren fortbestehen.

In chronischen Krisen verbindet sich hoher Dissens über die richtige Kriseninterpretation und Krisenpolitik mit einer gewissen Gewöhnung an die Bedrohungslage. Die Klimakrise ist zweifellos eine chronische Krise, weil sie ein transnationales Politikprojekt der Unmöglichkeit formuliert, nämlich eine weltweite und weitreichende Korrektur der industriegesellschaftlichen Produktions- und Lebensweise. Mangels wirksamer globaler Gegenmaßnahmen ist aus der – schon vor Jahrzehnten diagnostizierten – Krise mittlerweile eine akute Krise geworden. Die Klimakrise ist damit ein Beispiel für das, was Arjen Boin und Kollegen (mit Blick auf Corona)

„creeping crisis“ nennen (Boin et al. 2021). Solche schleichenden Krisen haben eine längere Vorgeschichte und breiten sich mitunter fast geräuschlos zu einem globalen Problem aus. Zwar gibt es Ereignisse, die im Nachhinein als deutliche Hinweise auf die Existenz dieser Krise gelten, doch die werden von den Medien, Behörden oder Experten nicht angemessen wahrgenommen. Die Langwierigkeit der natürlichen Prozesse lässt viel Raum und Zeit für divergierende Interpretationen der Krise; wirkungsvolle politische Maßnahmen verzögern sich daher. Aus der chronischen wird auf diese Weise eine akute Krise, und diese neue Situation kann die Politik nutzen, um ihre Passivität der vergangenen Dekaden durch hektischen Aktivismus zu kompensieren.

Ein umgekehrtes Beispiel liefert die Corona-Pandemie: Aus der zunächst akuten Krise ist ab dem Frühsommer 2020 eine chronische Krise geworden. Auch mehrere bundesweite Lockdowns und eine Kaskade an lokalen Maßnahmen, ja nicht einmal das kostenlose Angebot wirksamer Impfstoffe haben bis heute (Winter 2021) zu einer endgültigen Überwindung der Krise geführt. Das Corona-Virus ist nach wie vor präsent und prägt die nationale Gesundheitspolitik genauso wie das Arbeitsleben oder unsere Urlaubsplanungen.

In chronischen Krisen ist die allgemeine Betroffenheit nicht so hoch, dass sich – wie im Fall akuter Krisen – spontan neue Formen von Gemeinschaftlichkeit und Solidarität bilden würden. Auch dies wurde im Corona-Fall deutlich: Während sich die Bevölkerung anfangs noch auf den Wohnungsbalkonen für ihre Solidarität feierte, ebte diese bald merklich ab und war auch 2021, im Jahr des großen Impfens (und der mühseligen Impfkampagnen), keine wirksame Ressource mehr. Das heißt, die krisenbedingten Risiken schwächen sich ab oder werden zunehmend als individuelle Risiken verstanden. Was die Krise im öffentlichen Bewusstsein hält, ist weniger ihr aktuelles Bedrohungspotenzial als vielmehr der öffentliche Streit um die richtigen Zielsetzungen und Maßnahmen der Konsenspolitik bzw. um die richtige Interpretation der Krise. Chronische Krisen entstehen, wenn die Komplexität der Krisenursachen bzw. der Streit um die richtige Krisenpolitik wirksame Gegenmaßnahmen erschwert (und damit die Gefahr irreversibler Schäden erhöht).

4.5 Von der akuten zur chronischen Krise

Der Übergang von einer akuten zu einer chronischen Krise bemisst nicht nur anhand der Gewöhnung an das Bedrohungspotenzial einer Situation, sondern auch und vor allem am Auftreten von Dissens. Der Dissens macht deutlich, dass die Bedrohung nicht mehr ein hohes Maß allgemeiner Betroffenheit erzeugt und damit eine Gefahrengemeinschaft schmiedet. Die Krise wird vielmehr standpunktspezifisch bewertet und erhält damit viele Gesichter.

Dimensionen des Dissenses

Wie am Corona-Fall deutlich wird, bezieht sich der Dissens auf verschiedene Aspekte. Im Folgenden werden die vier wichtigsten Ebenen vorgestellt.

1) *Normative Ebene:* Der Werteabsolutismus der akuten Phase machte im Frühsommer 2020 wieder dem gewöhnlichen Wertpluralismus Platz. Konkret: Der Lebensschutz wurde nach den Erfahrungen des ersten Lockdowns gegen konkurrierende Normen und Werte, etwa politische Freiheitsrechte, aufgerechnet. Daran wird deutlich, dass nicht mehr die Krise selbst als ernst oder akut empfunden wurde; Gegenstand des öffentlichen Unbehagens war vielmehr die Politik der Krisenbewältigung.

2) *Politische Ebene:* Ab Ende April 2020, rund sechs Wochen nach Verhängung des ersten Lockdown, war eine neue Lust an politischer Opposition erkennbar. Im Deutschen Bundestag erklärte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner am 23. April 2020, aufgrund zunehmender Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen „endet heute die große Einmütigkeit in der Frage des Krisenmanagements.“⁴ Die Wiederentdeckung oppositionellen Widerspruchsgeistes nach einer Phase des nationalen Schulterschlusses erschien vielen wie das Erwachen der Politik aus einem Schockzustand: „Es ist wie unmittelbar nach einem Unfall: Zunächst regiert der Schock, vieles geschieht automatisch, Kopf und Körper kennen nur eines, nämlich die Bewältigung der Folgen des Unfalls. Irgendwann aber, wenn das Überleben vorerst gesichert zu sein scheint, werden die alten Instinkte und Reflexe wieder wach. So ist es auch mit der politischen Reaktion auf die Pandemie.“ (Lohse 2020)

3) *Öffentliche Arena:* In chronischen Krisen kann die Regierung nicht mehr das gleiche Maß an Zustimmung rechnen wie in akuten Krisen. Es kommen Proteste und Demonstrationen auf; erinnert sei im Zusammenhang mit Corona nur an die sog. Hygiene-Demos und die Querdenker-Bewegung, die sich bald weniger als rechts-extreme „Pandemie-Pegida“ erwies sondern vielmehr als ein ideologisch bunter „Aufstand der Schwurbler“ (Ritter 2021), in dem keineswegs nur Rechte, sondern auch Linke, Grüne und Esoteriker mitmischten. Anlässlich vieler Demonstrationen gegen das „Corona-Regime“ (wenn nicht gar den „Corona-Faschismus“) war auf handgemalten Transparenten zu lesen, dass Covid-19 nicht bedrohlicher sei als jede andere Grippewelle; 5G-Technologie und Funkmasten wurden als wahre Auslöser der Pandemie betrachtet; Bill Gates steuere die Pandemie, um sich per Chip-Technologie die Menschheit gefügig zu machen. Und so weiter. Die Proteste trugen in jedem Fall zur stärkeren Sichtbarkeit von Verschwörungstheorien und Fake News bei.

⁴ Dieses Zitat stammt aus der 156. Sitzung des Deutschen Bundestags am 23. April 2020. Es findet sich im Plenarprotokoll 19/156 auf Seite 19304.

4) *Wissenschaftliche Ebene*: Der Dissens schließlich bezieht sich auch auf die Ebene von Wissenschaft und Politikberatung. Sobald deutlich wurde, dass Corona ein vielschichtiges Problem mit ökonomischen, rechtlichen, psychosozialen und politischen Facetten darstellt, mussten weitere Stimmen aus der Wissenschaft gehört werden – über die Medizin und die Modellrechnungen der Physik hinaus. Mit der Berücksichtigung weiterer Disziplinen verstärkte sich auch die Vielfalt der Standpunkte. Während die Virologie eher den härteren Maßnahmen zuneigte, warnten Bildungsforschung und Psychologie vor den psychosozialen Folgen. Mit dem Aufbrechen politischer Konflikte wurde auf allen Seiten entsprechende wissenschaftliche Unterstützung mobilisiert. Von den Medien wurden Experten (auch und gerade aus der Virologie) zu Gegenexperten aufgebaut, um alternative Polit-Strategien salon- oder mehrheitsfähig zu machen. Mangel differenzierter Auseinandersetzung wurde nicht recht deutlich, worauf sich der Expertendissens im Einzelfall gründete und wie groß er wirklich war.

Eine Krise kommt selten allein

Die hohe Bedeutung von Dissens (auf verschiedenen Ebenen) macht nicht zuletzt eines deutlich: Einer der zentralen Glaubenssätze der Krisenforschung, nämlich dass Krisen plurale Gesellschaften in Konsensgemeinschaften verwandeln, muss differenziert werden. „Criticism, dissent and mutual recrimination, literally, must wait until the crisis is over“, heißt es beispielhaft bei Adomeit (1982: 39) – aber dies gilt eben nicht für jeden Krisentyp! Chronische Krisen leben gerade davon, dass sie auf andere Felder ausgreifen und zusätzliche Konflikte auslösen. Genauer gesagt: Das politische Krisenmanagement kann Folgen haben, die als Auslöser für weitere Krisen wirken. Im Corona-Fall heißt das: Aus der Gesundheitskrise entwickelte sich im Laufe der Zeit eine Wirtschaftskrise, eine Pflegekrise, eine Bildungskrise oder eben auch – als das Krisenmanagement zum Gegenstand von Kritik und Protesten wurde – eine politische (Vertrauens-)Krise.

Die Pandemie, eine Gesundheitskrise, löste also eine Kaskade von Krisen aus. Dies hat eine Steigerung der Konfliktintensität zur Folge, weil sich die Anlässe für Kritik und Dissens vervielfältigen. Dieser verstärkte und fragmentierte Dissens lässt sich politisch nicht mehr so leicht einfangen, und dies macht sich genau dann negativ bemerkbar, wenn Einigkeit und Konsens am Meisten gefragt wären, nämlich im Fall einer Verschärfung der ursprünglichen Krise. Dies wurde zuletzt anlässlich der vierten Corona-Welle deutlich, die auf Österreich im November 2021 mit voller Wucht zurollte: Obwohl die Explosion der Inzidenzen und Hospitalisierungen solidarisches Handeln erfordert hätte, blieb die große Einigkeit aus. Stattdessen versammelten sich Impfgegner, Staatskritiker und Neonazis in Wien zu einer der

größten Demonstrationen der letzten Jahrzehnte (mit über 40.000 Teilnehmern). Zwar war aus der chronischen Krise längst wieder eine akute Krise geworden, doch wurde sie von vielen nicht als akut erlebt. Die Vorbehalte gegen Einschränkungen, Kontrollen und das Impfen blieben bestehen. Die Vervielfältigung der Krise bot viele Gründe zur politischen Opposition. Das heißt, sofern sich aus einer akuten eine chronische Krise entwickelt hat, gibt es (fast) keinen Weg zurück. Denn im Zuge der chronischen Krise wandelt sich der politische Kontext, und damit ändern sich auch die Resonanzbedingungen für eine akute Krise. Eines der größten Probleme von Krisen besteht also in der einfachen Wahrheit, dass eine Krise selten allein kommt.

Akute und chronische Krise im Vergleich

Die Coronakrise lässt sich analytisch als Abfolge von akuter und chronischer Krise fassen. Weil diese beiden Krisentypen für unser Thema eine herausgehobene Bedeutung haben, sollen sie anhand der folgenden Tabelle vergleichend charakterisiert werden.

	Akute Krise	Chronische Krise
<i>Diskursive Ebene</i>	Starke Krisenwahrnehmung	Geringe Krisenwahrnehmung
<i>Soziale Ebene</i>	Geringe Konfliktintensität	Gesteigerte Konfliktintensität
<i>Normative Ebene</i>	Wertekonsens („Lebensschutz“)	Wertpluralismus
<i>Politische Ebene</i>	Administrative Politik („Stunde der Exekutive“)	Deliberative Politik (Parlamentarismus)
<i>Epistemische Ebene</i>	Legitimität der „Expertokratie“	Vielfalt von Expertisen und Empfehlungen

Tabelle 2: Akute und chronische Krise

Die Expertokratie erscheint in der letzten Zeile der Tabelle in Anführungszeichen, weil damit nicht ein konkreter Regierungstyp gemeint ist (wie etwa jene Beamtenregierung unter Brigitte Bierlein, die von Sommer 2019 bis Anfang 2020 amtierte). Gemeint ist vielmehr, dass eine gewählte Regierung sich als ausführendes Organ wissenschaftlicher Vernunft versteht. Die wirklichen Probleme mit der Organisation von Politikberatung beginnen erst dort, wo Expertokratie nicht mehr legitim ist, also die Krise in einer chronischen Phase ist. Erst dann muss man sich Gedanken darüber

machen, wie man mit der Vielstimmigkeit der Wissenschaft und mit dem Experten-
dissens produktiv umgehen kann. In akuten Krisen hingegen geht es „nur“ darum,
eine reibungslose Kommunikation zwischen Politik und dominanter Disziplin zu
gewährleisten.

5. Krieg und Frieden – zur Politisierung von Krisen

Die Konfliktintensität hatten wir als zentralen Parameter unserer Krisentypologie
bestimmt. Chronische Krisen, so die Argumentation, sind durch ein signifikant
höheres Maß an Dissens und Widerspruch charakterisiert als akute Krisen. Das Auf-
brechen von Konflikten bewirkt eine Politisierung der Krise. Die Interpretation der
Krise und die Krisenpolitik werden zum Gegenstand öffentlicher Auseinander-
setzung. Abschließend soll nun diskutiert werden, welche Formen der Politisierung
idealtypisch denkbar sind und welche Folgen sich daraus für die demokratische
Gesprächskultur und den politischen Umgang mit Expertise ergeben.

Die kriegerische Variante der Politisierung

Politisierung – das klingt nicht gut, gerade in Österreich. Denn Politisierung wird
hierzulande zumeist als Parteipolitisierung verstanden. In der Praxis heißt das, dass
die Krise und ihren Folgen für das kurzfristige Ziel planmäßiger Machtsteigerung
beliebig instrumentalisiert werden: Anstelle der Vernunft herrscht das partei-
taktische Kalkül, anstelle des sachorientierten Diskurses der strategische Umgang
mit Wahrheit und anstelle einer demokratieförderlichen Verständigungsorientierung
die Dämonisierung des Gegners. Das Ergebnis ist vorhersehbar: eine öffentlich
ausgetragene Schlammschlacht. Die politische Dramatisierungslogik will es, dass aus
dem weltanschaulichen Gegner der bedingungslose Feind wird.

Dies ist die kriegerische Variante der Politisierung. In deren Mittelpunkt steht
die radikale Unterscheidung zwischen Freund und Feind. Carl Schmitt hat diese
Variante zur genuinen Logik des Politischen überhöht, um Deutschland an seine
weltpolitische Mission zu erinnern. Die nationale Souveränität sah er in der
Weimarer Republik durch Pazifismus und Liberalismus bedroht. Schließlich, so
argwöhnte er, wollen diese Ideologien der Politik ihre existenzielle Härte nehmen,
indem sie sich eine Welt ohne Kriege und den Feind als harmlosen
Diskussionspartner vorstellen. Nun ist zwar der Krieg nicht Zweck der Politik, doch
erst im Krieg zeigt sich für Schmitt die politische Logik sozusagen in Reinform. Eine
vollends befriedete Welt wäre nicht die Erfüllung eines Traums, sondern lediglich
„eine Welt ohne Politik“ (Schmitt 2015: 33). In dieser scheinbar besseren Welt werden

Kriege nicht mehr durch politisches Kalkül begrenzt; geführt werden nun maßlose Kriege im Namen einer höheren Moral, gerichtet gegen die Feinde des Weltfriedens.

Entpolitisierung, sprich: die Überwindung der gnadenlosen Freund/Feind-Logik, ist daher für Schmitt kein erstrebenswertes Ziel. Nur bei Strafe des eigenen Untergangs können sich Nationen dem Politischen entziehen. Der Verzicht auf Politik führt nicht in eine bessere Welt, sondern dazu, dass man zum Spielball einer Politik wird, die von anderen gemacht wird. Jene kritische Distanz zu Staat und Politik, die dem liberalen Wettbewerbsdenken eigen ist, ist aus Perspektive dieses heroischen Politikideals kein gangbarer Weg. „Dadurch, dass ein Volk nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, sich in der Sphäre des Politischen zu halten, verschwindet das Politische nicht aus der Welt. Es verschwindet nur ein schwaches Volk.“ (ebd.: 50) Was aus diesem außenpolitischen Selbstbehauptungsrezept von 1932 in den Folgejahren geworden ist, ist bekannt. In innenpolitischer Hinsicht ist es eine Anleitung zur Demokratiezerstörung: Der öffentliche Diskurs wird auf Rhetorik reduziert und politische Kompromisse erscheinen als Zeichen von Schwäche.

Die friedliche Form der Politisierung

Die pazifistische Variante der Politisierung folgt dem liberalen Modell. Das Wesen von Politik wird hier im konstruktiven Umgang mit Pluralität gesehen. Dissens wird zum Motor eines öffentlichen Diskurses, das Parlament zum Ort argumentativer (oder wenigstens programmatischer) Konkurrenz; abweichende Meinungen bleiben nicht beziehungslos neben einander stehen. Der Feind wird damit zum Gegner, dem man nicht nur Böses zutraut: Seine Kampfeslust im politischen Prozess hilft die eigene Position zu verbessern. Schließlich kommt ein politischer Diskurs nur dann in Schwung, wenn die Kontrahenten nicht dogmatische Wahrheitsansprüche vertreten, sondern für beide auch inhaltlich etwas auf dem Spiel steht (vgl. Kelsen 2018: 127ff.). Am Ende des Tages wird man (hoffentlich intelligente) Kompromisse finden. Darin liegt der feste Glaube der liberalen Demokratie (und ihre Parallele zur Wissenschaft), nämlich dass sich im Ringen der Meinungen eine Position herausbildet, die besser, inklusiver, kompromissfähiger ist als die isolierten Einzelmeinungen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft, dem politischen Gegner Kredit zu geben und Selbstkritik groß zu schreiben. Andernfalls begibt man sich der Kreativität, die durch das Prinzip der Ergebnisoffenheit in der Demokratie (und natürlich auch in der Wissenschaft) mobilisiert wird. Weder steuert die Wissenschaft in ihrem Bemühen um neue Erkenntnisse auf eine vordefinierte Wahrheit zu, noch folgt die liberale Demokratie der Illusion einer überhistorisch gültigen, idealen Politik. Beide – Demokratie und Wissenschaft – verschreiben sich einer Politik der kleinen Schritte, Irrwege eingeschlossen.

Politisierung ist also kein Problem, sondern die Lösung. Denn erst der offene Schlagabtausch setzt den Zwang zur Begründung frei und eröffnet damit eine Chance auf rationale Politik. Dies gilt allerdings nur für den pazifistischen Typ der Politisierung. Im Fall des kriegerischen Typs fallen Differenzierungen schwer. Hier gilt jede Äußerung als Positionsbestimmung in sozialer Hinsicht. Die Masterfrage lautet: Auf welcher Seite stehst du? Mit dieser Frage wird ein Interpretationshorizont aufgespannt, der für Zwischentöne, Abstufungen, Nuancen keinen Platz mehr hat. Die Gegenrede wird auf diese Weise moralisiert; die sachliche Ebene tritt weitgehend in den Hintergrund. Politische Vorschläge werden nicht in den Kategorien von rational, machbar, fortschrittlich oder nützlich bewertet, sondern nach der moralischen Logik von Gut und Böse, also: Bist du für oder gegen uns?

Dies wird gerade in Krisenzeiten deutlich: Wer im März 2020 die Einschränkung der Freiheitsrechte kritisierte, galt schnell als Corona-Leugner. Wer im Sommer 2015 den Kontrollverzicht des Staates problematisierte (ohne das humanitäre Anliegen der Regierung und der Zivilgesellschaft zu missachten), wurde zum Parteigänger der AfD oder der FPÖ erklärt. Wer mit Blick auf die Energiewende (und eine sich abzeichnende Energiekrise) auf die Notwendigkeit einer temporären Nutzung der Atomkraft hinweist, kann nur ein Lobbyist sein. Und so weiter.

Moralisierung und Ethisierung

Das heißt: Kriegerische Politisierung läuft letztlich auf Moralisation hinaus. Moralisation ist stets mit Eifer, Empörung und Emotionen verbunden. Wer moralisiert, ist nicht mehr kompromissfähig, denn es steht zu viel auf dem Spiel, wenn man seine Werte in die Waagschale geworfen hat (Luhmann 1978). Wertfragen sind Gewissensfragen, und mit Blick auf Wertkonflikte heißt das, dass hier eben nicht nur die Mehrheitsfähigkeit der eigenen Interessen auf dem Spiel steht (Interessenkonflikte) oder die Wahrheitsfähigkeit der eigenen Behauptungen (Wissenskonflikte) sondern etwas viel Grundlegenderes, nämlich die persönliche Integrität, also die ganze Person.

Pazifistische Politisierung hingegen setzt nicht den Gegner als Person, sondern als Rollenträger ins Bild, nämlich als politischen Kontrahenten. Seine Funktion als Sparringspartner kann er nur erfüllen, wenn der Konflikt nicht so weit zugespitzt wird, dass ihm, dem politischen Gegner, letztlich die Legitimation abgesprochen würde. Das heißt, um den Konflikt politisch produktiv werden zu lassen, müssen die Aussagen des Gegners als Ausdruck eines legitimen Pluralismus gelten. Nur eine Politisierung, die sich dem konstruktiven Umgang mit Dissens verdankt, belebt die Demokratie. Kurz gesagt: Anstelle von Moralisation sollte man auf Ethisierung setzen (Bogner 2013). Ethisierung, als Gegenbegriff zur Moralisation, heißt, dass man politische Streitfragen *nicht* als Wahrheitsproblem verhandelt und daher

Dissens nicht von vorn herein als illegitim begreift. Erst wenn man Dissens prinzipiell als legitim begreift, kann sich ein politischer Diskurs entwickeln, in dem wissenschaftliche Expertise nicht nur zu kurzfristigen, strategischen Zwecken genutzt wird. Nur eine Politik, die am Ethos der Wissenschaft partizipiert, kann wissenschaftliche Expertise wirklich als Argumentationsressource begreifen.

Literatur

- Adomeit, Hannes (1982): *Soviet Risk-Taking and Crisis Behavior: A Theoretical and Empirical Analysis*. London: Allen & Unwin.
- Björck, Albena (2016): *Crisis Typologies Revisited: An Interdisciplinary Approach*. In: *Central European Business Review* 5 (3): 25-37.
- Bluhm, Harald (2015): *Zur Analyse von Krisenrhetoriken: Metaframes, Narrative und Topoi*. In: Michael Festl, Florian Grosser und Dieter Thomä (Hg.): *Über Krise und Kritik – Crise et critique*. *Studia philosophica* 74, S. 39-54. Schwabe: Basel.
- Bogner, Alexander (2013): *Ethisierung oder Moralisierung? Technikkontroversen als Wertkonflikte*. In: Ders. (Hg.): *Ethisierung der Technik – Technisierung der Ethik. Der Ethik-Boom im Lichte der Wissenschafts- und Technikforschung*, S. 51-65. Baden-Baden: Nomos.
- Bogner, Alexander (2021): *Der diskrete Charme der Gesellschaftsdiagnose. Wesen und Wirkung eines soziologischen Genres*. In: *Soziale Welt* 72 (1): 3-26.
- Boin, Arjen, Allan McConnell und Paul 't Hart (2021): *Governing the Pandemic. The Politics of Navigating a Mega-Crisis*. Cham: Palgrave.
- Boin, Arjen, Paul 't Hart und Sanneke Kuipers (2018): *The Crisis Approach*. In: Havidán Rodríguez, William Donner und Joseph E. Trainor (Hg.): *Handbook of Disaster Research* (2. Aufl.), S. 23-38. New York: Springer.
- Boin, Arjen, Paul 't Hart und Allan McConnell (2009): *Crisis exploitation: political and policy impacts of framing contests*. In: *Journal of European Public Policy* 16 (1): 81-106.
- Burckhardt, Jacob (1978): *Weltgeschichtliche Betrachtungen*. Stuttgart: Kröner (Orig. 1905, aus dem Nachlass).
- Burnett, John J. (1998): *A strategic approach to managing crises*. In: *Public Relations Review* 24 (4): 475-488.
- Burningham, Kate und Geoff Cooper (1999): *Being Constructive: Social Constructivism and the Environment*. In: *Sociology* 33 (2): 297-316.
- Faas, Thorsten und Krewel, Mona (2021): *Corona-Sprechstunde mit Maybrit Illner, Anne Will & Frank Plasberg: Parteilich und oberflächlich oder ausgewogen und informativ?* Hamburg: Rudolf Augstein Stiftung.
- Graf, Rüdiger (2020): *Zwischen Handlungsmotivation und Ohnmachtserfahrung – Der Wandel des Krisenbegriffs im 20. Jahrhundert*. In: Frank Bösch, Nicole Deitelhoff und Stefan Kroll (Hg.): *Handbuch Krisenforschung*, S. 17-38. Wiesbaden: Springer VS.

- Graf, Rüdiger und Konrad H. Jarausch (2017): „Crisis“ in Contemporary History and Historiography. In: Docupedia-Zeitgeschichte, 27.03.2017. DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.789.v1>
- Gundel, Stephan (2005): Towards a New Typology of Crises. In: *Journal of Contingencies and Crisis Management* 13 (3): 106-115.
- Hasse, Raimund (2012): Bausteine eines soziologischen Krisenverständnisses – Rückblick und Neubetrachtung. In: Thomas Mergel (Hg.): *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, S. 29-45. Frankfurt/New York: Campus.
- Kelsen, Hans (2018): *Vom Wesen und Wert der Demokratie*. Stuttgart: Reclam (Orig. 1929).
- Koselleck, Reinhart (1982): Krise. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, S. 617-650. Stuttgart: Klett.
- Lohse, Eckart (2020): Am Wendepunkt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. April 2020, S. 2.
- Luhmann, Niklas (1978): *Soziologie der Moral*. In: Niklas Luhmann und Stephan H. Pfürther (Hg.): *Theorietechnik und Moral*, S. 8-116. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang (2020): Who Governs in Deep Crises? The Case of Germany. In: *Democratic Theory* 7 (2): 1-11.
- Milstein, Brian (2015): Thinking politically about crisis: A pragmatist perspective. In: *European Journal of Political Theory* 14 (2): 141-160.
- Mitroff, Ian I. und Murat C. Alpaslan (2003): Preparing for evil. In: *Harvard Business Review* 81 (4): 109-115.
- Perrow, Charles (1992): *Normale Katastrophen: Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik*. Frankfurt/New York: Campus.
- Pielke, Roger A. (2007): *The Honest Broker: Making Sense of Science in Policy and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reinemann, Carsten und Marcus Maurer (2021): Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie. Hamburg: Rudolf Augstein Stiftung.
- Ritter, Johannes (2021): Aufmarsch der Schwurbler. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. November 2021, S. 3.
- Rosenthal, Uriel, Paul 'T Hart und Michael T. Charles (1989): The World of Crises and Crisis Management. In: Rosenthal, Uriel, Michael T. Charles und Paul 'T Hart (Hg.): *Coping with Crises. The Management of Disasters, Riots and Terrorism*, S. 3-33. Springfield, Ill.: Thomas.
- Rosenthal, Uriel und Alexander Kouzmin (1997): Crises and Crisis Management: Toward Comprehensive Government Decision Making. In: *Journal of Public Administration Research and Theory* 7 (2): 277-304.

- Rosenthal, Uriel, Arjen Boin und Louise K. Comfort (2001): The Changing World of Crises and Crisis Management. In: Dies. (Hg.): Managing Crises. Threats, Dilemmas, Opportunities, S. 5-27. Springfield, Ill.: Thomas.
- Schmitt, Carl (2015): Der Begriff des Politischen. Berlin: Duncker & Humblot, 9. korr. Auflage (Orig. 1932).
- Schulze, Gerhard (2011): Krisen. Das Alarmdilemma. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Spector, Bert (2020): Even in a global pandemic, there's no such thing as a crisis. In: Leadership 16 (3): 303-313.
- 't Hart, Paul, Uriel Rosenthal und Alexander Kouzmin (1993): Crisis Decision Making: The Centralization Thesis Revisited. In: Administration & Society 25 (1): 12-45.
- Weber, Max (1995): Wissenschaft als Beruf. Stuttgart: Reclam (Orig. 1919).
- Weick, Karl E. (1993): The Collapse of Sensemaking in Organizations: The Mann Gulch Disaster. In: Administrative Science Quarterly 38 (4): 628-652.